

SOWJETZONE

ZUR WIRTSCHAFTSLAGE DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS IM ZWEITEN HALBJAHR 1965

Die Wirtschaftsentwicklung ist im 2. Halbjahr 1965 sehr unterschiedlich verlaufen und hat dazu geführt, daß das im Jahresplan gesetzte Ziel in wichtigen Positionen nicht erreicht worden ist. Hierüber geben die Reden Aufschluß, mit denen der Plan für 1966 erläutert wurde — einen Monat früher als im letzten Jahr. Zwar liegt der offizielle Abschlußbericht für 1965 noch nicht vor, aber auch er wird nicht vertuschen können, daß der Rückstand bei den Investitionen größer ist als im vorigen Jahr. Hinzu kommt, daß der volkswirtschaftliche Nutzen aus den Investitionen — ihre Effizienz — nach *Ulbrichts* Angaben in den vergangenen 15 Jahren sehr stark gefallen ist:¹⁾

Zeitraum	1951-55	1956-60	1961-64
Investitionen Mrd. DM/0	32	63	66
Zuwachs des Nationalein- kommens Mrd. DM/0	21	21	10,7
Invest.-Effekt in vH	63,9	33,3	16,2

Bei den Kennziffern Arbeitsproduktivität, Industrieproduktion, Gewinne und Steuern aus der volkseigenen Wirtschaft und Wohnungsbau dürfte nach den bisherigen Angaben die Entwicklung nahezu planmäßig verlaufen sein. Dagegen ist das dem Außenhandel gestellte Ziel bei weitem unterschritten. Die Förderung an Braunkohle war um 13 Mill. t zu niedrig. Diese Planunterschreitung wird von *Ulbricht* jedoch als notwendige Korrektur bezeichnet. Man sei bei der Planung von einer falschen Bedarfseinschätzung ausgegangen und habe mit dem Einsatz von 875 Mill. DM eine um 25 Mill. t zu hohe Förderkapazität geschaffen. Auch die Erzeugung von Elektroenergie, die auf 54,5 Mrd. kWh gesteigert werden sollte, war offensichtlich niedriger als geplant. Die Geldeinnahmen der Bevölkerung, die laut Plan um 1 Mrd. DM zunehmen sollten, haben sich nach den Angaben Finanzministers *Rumpf* um 2,5 Mrd. DM erhöht²⁾. Von diesem Mehr-

Zuwachs an Kaufkraft muß der überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung zugeflossen sein; denn deren Geldeinnahmen sollen sich statt um 0,5 Mrd. um 1,5 Mrd. DM vergrößert haben. Im vorigen Jahr hat die Sparkasse fast sämtliche zusätzlichen Geldeinnahmen aufgenommen. 1965 soll die Bevölkerung von diesen Mehreinnahmen rund zwei Drittel für zusätzliche Warenkäufe verwandt haben, das wären also 1,0 Mrd. DM. Der für 1965 vorgesehene Warenfonds war von 49 Mrd. im Vorjahr auf 50 Mrd. DM zu erhöhen — mithin um wenig mehr als zwei Prozent. *Ulbricht* bezifferte den absoluten Zuwachs mit 1,7 Mrd. DM. Das deckt sich zwar nicht genau mit den Angaben seines Finanzministers, aber so etwas soll ja vorkommen.

Es war allerdings wegen der unbefriedigenden Entwicklung der Konsumgüterproduktion der bezirksgeleiteten Betriebe notwendig gewesen, in einem „Staatsratseraß“ vom 2. 7. 1965 darauf einzugehen, daß statt der geplanten 57 vH nur 32 vH des Produktionszuwachses auf Konsumgüter entfielen. Diese Probleme — Abstimmung von Kaufkraft und Warenangebot — „beherrschen wir in der Planung und Bilanzierung noch ungenügend“³⁾, sagte *Ulbricht*.

Organisationsänderungen

Im Herbst 1965 ist in der Sowjetunion die von *Chruschtschow* durchgesetzte Dezentralisierung in der Wirtschaftsordnung zugunsten einer straffen zentralen Ordnung beseitigt worden. Weil man die Ursache von Fehlentwicklungen und Mängeln nicht im System sieht, glaubt man an die Wunderwirkung von Organisationsänderungen. Die seit 1962 geteilte oberste Planungsbehörde wurde wieder zusammengefaßt, die Mittelinstanzen der Wirtschaftsverwaltung wurden aufgelöst und durch Industrieministerien ersetzt. Ein Echo auf diese Maßnahmen kam schon nach kurzer Zeit aus Ost-Berlin. Der im Herbst 1961 als Zwillingsbruder der Plankommission geschaffene Volkswirtschaftsrat wurde als überflüssig erklärt. Schon bei seiner Gründung war an dieser Stelle (GM 1961, S. 746/747) auf die unklare Aufgabenteilung und Kompetenzregelung zwischen diesen zwei Planungsspitzen hingewiesen worden. Jetzt plant nur noch die Plankommission, und aus dem Schoße des Volkswirtschaftsrates entsprangen sieben Industrieministerien.

Besondere Worte für die Schwierigkeit der Aufgaben fand *Ulbricht* gegenüber dem Ministerium für Materialversorgung. Es übernimmt ein bisher ungelöstes Problem, an dem der Volkswirtschaftsrat auch gescheitert ist. Sein

1) Neues Deutschland vom 18. Dezember 1965, S. 4.

2) Neues Deutschland vom 17. Dezember 1965, S. 5.

3) Neues Deutschland vom 18. Dezember 1965, S. 8.

Chef wurde jedoch nicht in die Wüste geschickt; denn *Neumann* übernahm den Platz des toten *Apel*. Den Generaldirektoren der volkseigenen Industriekonzerne, der VVB, wurden, wie ihren sowjetischen Kollegen auch, wichtige Funktionen entzogen. Die Finanzkontrolle wurde wieder zu einer ausschließlich zentralen Aufgabe. Die dezentrale Wahrnehmung habe sich nicht bewährt. Die Industrieminister werden ausdrücklich auf ihre Pflicht zur Kontrolle der VVB hingewiesen. Diese fachliche Kontrolle steht also neben der Finanzkontrolle. Sie werden außerdem persönlich verantwortlich gemacht für das Funktionieren ihres gesamten Wirtschaftsbereiches. Den VVB wird die Aufgabe gestellt, künftig die Finanzierungsmittel für Investitionen und Generalreparaturen sowie für eventuell zu bedienende Zins- und Kredittilgungsleistungen selbst zu erwirtschaften.

Weitere Neuerungen bestehen darin, daß „in der eindeutig ökonomisch orientierten Aufgabenstellung für Forschung und Technik“ der Angelpunkt der neuen Qualität der Planung und Leitung dieser für die Investitionspolitik besonders wichtigen Funktion gesehen werden soll. Bei letzter Konsequenz muß es hier zu Differenzen mit der Ideologie kommen. In der Preispolitik der Industrie soll eine hohe Beweglichkeit Platz greifen. Die Preise sollen dem gesellschaftlich notwendigen Aufwand folgen, und es könne sogar dazu kommen, daß sie den gestiegenen Kosten angepaßt werden müßten. Das bleibt solange Flickwerkelei und führt zu neuen Fehlern und Verlusten, als die Voraussetzungen ökonomisch exakter Betriebsabrechnung und Kalkulation fehlen. Nicht Plangrößen, sondern der am Markt erzielbare Gewinn ist die Richtschnur für Wirtschaftlichkeit. Es wird also noch ein langer Weg zu wirklich beweglichen Preisen zurückgelegt werden müssen.

In Ost-Berlin gibt man sich optimistischer: „Wir haben schon vor zwei Jahren erklärt, daß wir anschließend an die Industriepreisreform ein System beweglicher Preise einführen werden“⁴⁾. Die dritte Etappe dieser Preisreform soll 1966 über die Bühne gehen. Sie soll die Preise für Waren und Leistungen von insgesamt 80 Mrd. DM umfassen und bezieht sich auf den Maschinenbau mit 22 Mrd. DM, auf die Verarbeitungsstufen der Textilindustrie und der übrigen Leichtindustrie mit 17 Mrd., auf weitere Teile der Baustoffindustrie, die gesamte Bauindustrie mit 10 Mrd. und schließlich auf die Lebensmittelindustrie mit 28 Mrd. D-Mark Produktion. Alle diese Maßnahmen sollen nach Rumpf die echten gesellschaftlichen Aufwendungen sichtbar machen, die bisher verzerrt und verschleiert gewesen seien. Das muß sich ganz zwangsläufig eines Tages auch auf die Kosten der Lebenshaltung der Bevölke-

rung auswirken. Die niedrigen Preise für bestimmte Grundnahrungsmittel und die gestoppten Mieten kommen ins Rutschen, wenn systematisch die staatlichen Subventionen abgebaut werden. Rumpf nannte ihre Höhe für 1966 im Bereich der öffentlichen Wohnungswirtschaft mit 1,3 Mrd. DM. Sie werden ergänzt durch 5,6 Mrd. DM Subventionen an die Wirtschaftsbetriebe, bei denen die Industriepreisreform noch nicht die Möglichkeit zur Eigenfinanzierung der Investitionen geschaffen hat, und durch Staatszuschüsse von 2,6 Mrd. an die allgemeine Sozialversicherung sowie 0,8 Mrd. DM an die Sozialversicherung der Genossenschaftsmitglieder und Selbständigen.

Auch die zwei großen Staatsbanken erhalten neue Aufgaben. Die Deutsche Investitionsbank soll nicht mehr nur die Finanzierung und die Finanzkontrolle erledigen, sondern sie soll, bevor ein Objekt begonnen werden darf, sich ein Urteil über die Rentabilität der künftigen Produktion, über die Ausnutzung der Produktionsanlagen, ja sogar darüber bilden, ob die zu erzeugenden Waren „Weltniveau“ haben werden. „Zu dem Zweck muß der Kreis der Mitarbeiter geschult und mit den für die einzelnen Wirtschaftszweige in Ausarbeitung befindlichen Bestwerten und Kennziffern ausgerüstet werden“⁵⁾. Die Kapitalisten würden auch vorherige Berechnungen anstellen, um das Risiko so niedrig wie möglich zu halten. Bei einer solchen Verantwortung für die gesamte Volkswirtschaft muß aus der Investitionsbank ein Mammut-Gehirntrast werden. Eine auf menschlichen Entscheidungen beruhende Verantwortung in dieser Konzentration gibt es im westlichen Wirtschaftssystem nicht. Die Investitionsbank ist damit glatt überfordert. Die Notenbank hat es besser getroffen. Für sie sind im November 1965 in einem Gesetzentwurf folgende Hauptaufgaben festgelegt worden: zentrale Emissions- und Verrechnungsstelle, Anlage freier Geldmittel der Volkswirtschaft, Kreditgewährung für alle Bereiche und Refinanzierung anderer Kreditinstitute, Durchführung des Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs mit dem Ausland und schließlich An- und Verkauf sowie Verwahrung von Devisen.

Am Rande sei eine das Verkehrswesen betreffende Umstellung erwähnt, weil sie grundsätzliche Bedeutung hat. Die noch bis vor kurzem aktuelle Planung, die bisher sehr geringe Elektrifizierung von Reichsbahnstrecken über das vor der sowjetischen Demontage bestehende Maß hinaus zu erweitern, ist aufgegeben worden, weil sie zu materialintensiv und kostspielig sei. Sie binde außerdem zu große Baukapazitäten und basiere noch auf den vor der Industriepreisreform künstlich niedrig gehaltenen Strompreisen. Sie verschlinge ferner zu viel Kupfer und Stahl. Statt Elektrifizierung heißt die Parole jetzt „Dieseltraktion“.

4) Neues Deutschland vom 18. Dezember 1965, S. 7.

5) Neues Deutschland vom 17. Dezember 1965, S. 5.

Selbstkritik an der bisherigen Entwicklung

Die Führungsgremien der SED haben im Dezember 1965 die bisherige Wirtschaftsentwicklung unter eine besonders kritische Lupe genommen. Der von dem Handelsabkommen mit der Sowjetunion ausgehende Druck, die Erkenntnis, daß die Verknappung der Arbeitskräfte, die ungenügende Rationalisierung des Produktionsapparates und die vielfach noch unbewältigten Planungsprobleme zu wirksamen Gegenmaßnahmen zwingen sowie schließlich der Zwang, mit dem Ergebnis dieses Wirtschaftssystems vor den Wünschen der Bevölkerung nach einer Verbesserung der Lebenslage bestehen zu müssen, haben die kritischen Gedankengänge der Funktionäre offensichtlich beflügelt.

„Das Kriterium des Zuwachses an Nationaleinkommen hat in der Planungstätigkeit der letzten Jahre und auch bei der Vorbereitung des neuen Perspektivplanes eine zu geringe Rolle gespielt“⁶⁾. Ulbricht warf der Plankommission und damit ihrem toten Chef außerdem einen Rückstand bei der Ausarbeitung der neuen komplizierten Probleme der Planung eines modernen sozialistischen Industriestaates in der technischen Revolution vor. *Stoph* bemängelte, daß auch 1965 das Wachstum des Nationaleinkommens wesentlich hinter dem des gesellschaftlichen Gesamtprodukts zurückgeblieben sei. Die Schwierigkeit bestehe vor allem darin, „daß noch kein Wirtschaftsfunktionär in der DDR nach den neuen Grundsätzen geplant hat, aber jeder zugleich radikal die überholten Gewohnheiten und Methoden auf dem Gebiet der Planung überwinden muß“⁷⁾. Ulbricht will Seminare durchführen lassen „für die Mitglieder des Ministerrates hinunter bis zu den Betriebsfunktionären“. Bei einem Viertel der insgesamt 80 Generaldirektoren der VVB reiche trotz hohen Arbeitsaufwandes die Führungstätigkeit qualitativ nicht aus, so daß die ökonomischen Ergebnisse unbefriedigend seien. Rumpf verband die Kritik an dem Kenntnismangel der leitenden Kader in der Anwendung mathematischer Methoden der Finanzökonomie und der ungenügenden Qualifikation der Finanzrevisoren mit dem Hinweis darauf, daß diese Fachausbildung auch für die Beratung der neuen Nationalstaaten dringend erforderlich sei. Der Ausbildungsgrad in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten sei seit geraumer Zeit sehr viel besser.

In diese Kritik der Fähigkeiten des Führungspersonals sind ausdrücklich die Minister miteinbezogen worden. An fehlenden Ausbildungsstätten kann es nicht liegen. Daß in den Unzulänglichkeiten der persönlichen Leistung das fehlerhafte System zum Ausdruck kommt, darf natürlich nicht zugegeben werden.

6) Neues Deutschland Tom 18. Dezember 1965, S. 4.

7) Neues Deutschland vom 17. Dezember 1965, S. 5.

Im Sommer 1962 hatte der damalige Chef der Plankommission das als tabu geltende Problem öffentlich angesprochen, daß es dringend erforderlich sei, die eigene Maschinenproduktion für die Rationalisierung des eigenen Produktionsapparates in verstärktem Maße zu nutzen. Dies wäre zwangsläufig zu Lasten der Exporte in die Sowjetunion gegangen. Sein Nachfolger Apel soll sich diesem Gedanken sehr aufgeschlossen gezeigt haben. Um so mehr überrascht es, daß jetzt auch Ulbricht Forderungen in dieser Hinsicht stellt. „Es gilt, im Maschinenbau dafür zu sorgen, daß Rationalisierungsmittel in weitaus größerem Maße für die eigene Wirtschaft produziert werden. Die Rationalisierungsinvestitionen dürfen nicht in das Korsett eines administrativen Planes von oben gezwängt werden“⁸⁾. Neue Betriebe seien errichtet worden, deren Anlagen wegen fehlender Arbeitskräfte schlechter genutzt werden könnten als in vielen alten Betrieben, bei denen jedoch die Leistung sinke, weil die für die Rationalisierung notwendigen Finanzierungsmittel in eben diese neuen Betriebe gesteckt worden seien.

Den Mut, hieraus gegenüber seinen sowjetischen Auftraggebern die Konsequenzen zu ziehen, hat Ulbricht jedoch bisher nicht belesen. Seine Klage vor dem Plenum des ZK, daß die Überalterung der Produktionsausrüstungen vor allem im Maschinenbau und der Elektrotechnik zunehme, richtet sich an den falschen Adressaten. *Stoph* ergänzte Ulbricht mit der Feststellung, daß 31 vH der Maschinen der gesamten Industrie älter als 20 Jahre seien. „Der hohe Bestand an alten Maschinen ist ein entscheidendes Hemmnis für die volle Auslastung der modernen, hochproduktiven Aggregate“⁹⁾. So könnten in den Betrieben der VVB Textima die neuesten Werkzeugmaschinen zum großen Teil nur in einer Schicht genutzt werden. In vielen Betrieben genüge es nicht, einzelne Maschinen zu ersetzen, sondern ganze Maschinengruppen müßten erneuert werden. Die Rang- und Reihenfolge solcher Maßnahmen sei ein schwieriges Problem.

Der Mechanisierungskoeffizient hat sich nach Ulbrichts Angaben im Schwermaschinenbau von 1960 bis 1965 von 34,1 auf 37,1 vH, im allgemeinen Maschinenbau von 40,7 auf 42,5 vH, der Automatisierungskoeffizient in der elektrotechnischen Industrie im Zeitraum 1963 bis 1965 von 3 auf 3,3 vH erhöht, womit er weit unter dem internationalen Niveau liege. Bei 303 automatischen bzw. automatisierten Anlagen mit einem Wert von 0,5 Mrd. DM betrage die zeitliche Ausnutzung nur 64 vH und sinke ständig. Genannt wurden Anlagen der chemischen und elektrotechnischen Industrie sowie des Schwer- und Transportmaschinenbaus. Wenn wenigstens in der zentralgeleiteten Industrie die Maschinen in zwei Schichten ge-

8) Neues Deutschland vom 18. Dezember 1965, S. 4.

9) Neues Deutschland vom 21. Dezember 1965, S. 4.

fahren werden könnten, dann bedeute das eine Erhöhung der Warenerzeugung um 17 Mrd. D-Mark und des staatlichen Reineinkommens um 4 Mrd. DM. Damit läge die Warenproduktion um 14 vH höher als im Jahre 1965 in der gesamten Industrie. „Bilanziert wird, wenn nicht im Plan, dann durch das Leben, doch das ist meist mit ökonomischen Verlusten verbunden“¹⁰⁾. Das entspricht absolut unserer Meinung. Schärfer kann man das System kaum kennzeichnen.

Arbeitet man sich durch die Flut der Diskussionsbeiträge zu den hier angedeuteten Fragen, dann trifft man immer wieder auf Vorwürfe gegen die Plankommission, die aber im Grunde auf das System zielen. Fast scheint Apels Tod hier eine Schleuse geöffnet zu haben. Zugleich wird aber eine der wichtigsten Störungsursachen des Systems noch verstärkt, nämlich die zentralistische Planung und Lenkung. Der Eindruck wird damit immer deutlicher, daß die bisherigen Erfolge in der Entwicklung der Wirtschaft in der Bewältigung quantitativer Probleme lagen. Ein weiterer Fortschritt verlangt jedoch die Bewältigung der viel schwierigeren qualitativen Probleme. Dies hebt Prof. *Lilie*, der Chef des obersten Gütekontrollamtes hervor: „Es darf nicht mehr nur um die höchste Qualität schlechthin gehen, sondern es kommt auf die volkswirtschaftlich optimale Qualität an. Zur Zeit kann aber niemand darüber Auskunft geben, was uns die Qualität wirklich kostet... Für die Optimierung der Qualität benötigt man nicht nur die absolute Höhe der Kosten, sondern auch die Größe ihres Anstieges oder Abfalles, wenn man die Qualität nach oben oder nach unten verändert. Solche ergebnisgebundenen Untersuchungen sind bisher nur in völlig ungenügendem Maße und nicht mit der erforderlichen Systematik durchgeführt worden“¹¹⁾. *Lilie* mußte jedoch zugleich auch zugeben, daß dies schon an den fehlenden Voraussetzungen scheitert. „Die Untersuchung des tatsächlichen Standes von Qualität und Kosten wird auch dadurch erschwert, daß die Betriebsorganisation, speziell die Betriebsabrechnung, in den meisten Betrieben für diesen Zweck völlig ungenügend ist“¹²⁾. Außerdem sei eine gründliche Nachkalkulation unmöglich.

Verstärkte Außenhandelsprobleme

Das Handelsabkommen, das die SBZ für den Zeitraum 1966—1970 mit der Sowjetunion abschließen mußte, ist ohne Zweifel eines der einschneidendsten Ereignisse des Jahres 1965 gewesen. In diesen fünf Jahren soll ein Umsatz von über 60 Mrd. DM erreicht werden. 1964 betrug dieser Umsatz 11 Mrd.

und machte 50 vH des gesamten Außenhandelsumsatzes aus. Legt man diese Zahlen zugrunde und berücksichtigt man das geringe Wachstum des Außenhandels im Jahre 1965 — im ersten Halbjahr nur 4 vH, während der Plan 10 vH vorschrieb — so kann man den Druck ermessen, unter dem die Wirtschaft der SBZ künftig steht. „Es bedarf großer Anstrengungen der Industrie der DDR, um die Waren entsprechend den Bedingungen des sowjetischen Marktes in hoher Qualität, mit hohem technischen Niveau und vertragsgerecht zu liefern“¹²⁾. Die Zone liefert ausschließlich Fertigwaren, deren Preise in sehr vielen Fällen die Gesteungskosten nicht decken. Das die Sowjetunion begünstigende Währungsverhältnis 1 Rubel gleich 4,66 DM sichert den Russen zudem einen recht billigen Einkauf. Aber ADN spricht von einer „sicheren Absatzperspektive“¹²⁾ der Industrie. Und Ulbricht verspricht sich noch größere Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Er kritisiert jedoch zugleich das Außenhandelsministerium, das bei der Lösung wichtiger Grundfragen einen ernsten Tempoverlust zugelassen habe. Auch Neumann läßt Skepsis erkennen: „Die bei der Durchführung des Planes 1965 und bei der Vorbereitung des Planes 1966 erzielten Fortschritte in der Entwicklung und Produktion kompletter Anlagen und Ausrüstungen reichen noch nicht aus, um den wachsenden Aufgaben für die chemische Industrie und für den Export in den nächsten Jahren gerecht zu werden“¹³⁾. Die vorsichtige Formulierung Ulbrichts, es sei gelungen, im Außenhandel die enge, freundschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion weiter zu festigen, läßt die Härte der vorherigen Verhandlungen ahnen. Einige Abschnitte des Perspektivplanentwurfes müßten neu berechnet und bilanziert werden.

Die Außenhandelsorgane erhielten zugleich neue Orientierungspunkte. Vorrangig sei der Import moderner Maschinen auch aus dem kapitalistischen Ausland. Der Gegensatz in der materiellen Interessiertheit der Außenhandelsorgane und der Staatsbetriebe müsse endlich beseitigt werden. Ihnen soll auch die Verwendung von verdienten Deviseneinnahmen als Anreiz unter besonderen Voraussetzungen ermöglicht werden. Der gesteigerten Aktivität tragen die etwa 100 technischen Büros und Kundendienststützpunkte im Ausland Rechnung sowie die vielen Handelsvertretungen, von denen auch in der Bundesrepublik zwei existieren. Immer wieder werden die Betriebe ermahnt, die Ersatzteilproduktion nicht weiter zu vernachlässigen; denn ohne Ersatzteile keine Absatzerfolge auf dem Weltmarkt. Auch die Verkürzung der Lieferfristen ist äußerst dringlich, weil man noch weit vom Weltniveau entfernt sei. Ein besonderer Engpaß ist die Ver-

10) Neues Deutschland vom 20. Dezember 1965, S. 4.

11) Die Wirtschaft, Ost-Berlin, Nr. 44/1965, S. 9.

12) Neues Deutschland vom 4. Dezember 1965, S. 1.

13) Neues Deutschland vom 17. Dezember 1965, S. 3.

packungsindustrie. Ihre Produktion steige zu langsam. Daraus entstünden jährlich Erlösschmälerungen und Warenverluste im Export, Transportschäden und Verderb im Betrag von etwa 400 Mill. DM.

Auch die Bemühungen um eine echte Marktforschung für den Außenhandelsabsatz, wo sich eben der Geschäftspartner jeder Planung entzieht, müssen erheblich verstärkt werden. Ergebnisse jahrelanger Forschungs- und Entwicklungsarbeit könnten ökonomisch nicht maximal genutzt werden, weil man sich weder um die Klärung der Absatzmöglichkeiten noch um ausreichende Produktionskapazitäten Sorge gemacht habe. Das Klima einer zentralistischen Staatsplanwirtschaft ist ja auch kaum geeignet, wendige und ideenreiche Außenhandelsfachleute zu entwickeln. Die Besonderheiten des Interzonenhandels kommen darin zum Ausdruck, daß seine Zunahme 1965 fast doppelt so hoch gewesen sein dürfte als der Umsatzzuwachs der Zone mit ihren Außenhandelspartnern insgesamt. Das starke Wachstum des Jahres 1964 war jedoch nicht wieder zu erreichen.

Verkürzung der Arbeitszeit angekündigt

Damit das Jahr 1965 nicht nur mit harten Mahnungen und ernster Kritik beschlossen würde, ist der arbeitenden Bevölkerung die Ankündigung der vom April 1966 an gültigen neuen Arbeitszeitregelung gemacht worden. Sie hat endlich die 45-Stunden-Woche und einen freien Sonnabend alle zwei Wochen zum Inhalt. Die schon seit zehn Jahren erhoffte 5-Tage-Woche scheitert noch immer an der zu geringen Kapazität der Verkehrsmittel und der Energieerzeugung. Bei der Kommentierung der Einzelbestimmungen erwähnte die „Direktive“ sogar die Existenz von ungesetzlichen Arbeitszeitregelungen in Staatsbetrieben, die nun natürlich in die 45-Stunden-Woche eingeordnet werden müßten. Die verheirateten Frauen ohne Kinder verlieren damit auch den bisher gewährten monatlichen Hausarbeitstag. Voraussetzung für die Verkürzung der Arbeitszeit sei allerdings die Realisierung des Planes zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Senkung der Selbstkosten. Die Bevölkerung habe die Entwicklung also selbst in der Hand.

Dr. Walter Meier